

## Beschluss der Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen der Länder und im Bund am 4. und 5. April 2022 in Stuttgart

### 1 **Klarer Plan für die Haushalts- und Finanzpolitik auch in Krisenzeiten**

2 Die Frühjahrskonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen der Länder  
3 und im Bund findet in einer bewegten Zeit statt. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft stehen neben der  
4 Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine mit der Digitalisierung und dem Klimawandel vor  
5 gewaltigen Herausforderungen. Diese Ereignisse haben unsere Gesellschaft schon nachhaltig geprägt und  
6 werden diese auch zukünftig deutlich verändern. In diesen unsicheren Zeiten müssen Stabilität und  
7 Verlässlichkeit in der Haushalts- und Finanzpolitik mehr denn je ein tragfähiges Fundament bilden.

8 Nach etwas über einhundert Tagen der Ampelregierung im Bund bleibt festzuhalten, dass auf Intransparenz  
9 und Haushaltstricks gesetzt wird. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit bleiben auf der Strecke. Die  
10 Bilanz ist ernüchternd. Die wegen Corona berechnete Verschuldung des Bundes sollte erst für die  
11 Bekämpfung des Klimawandels umgewidmet und neuerdings zur Finanzierung der Folgen des Krieges  
12 herangezogen werden. Diese Zweckentfremdung von Kreditermächtigungen ist verfassungswidrig. Die  
13 haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern von der Bundesregierung ein deutliches Bekenntnis zu  
14 soliden Finanzen und der grundgesetzlichen Schuldenbremse.

### 15 **Schuldenbremse**

16 Die grundgesetzliche Schuldenbremse ist eine wichtige Leitplanke für die Haushaltspolitik. Dies gilt in Zeiten  
17 der Hochkonjunktur wie auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Ihr Regelwerk ermöglichte selbst im größten  
18 gesamtdeutschen Wirtschaftseinbruch seit Beginn des Wiederaufbaus in der Bundesrepublik entschlossenes  
19 Handeln des Staates. Die Union hat hier Verantwortung auf allen staatlichen Ebenen übernommen und gezielt  
20 die Kreditspielräume genutzt, die durch eine umsichtige Haushaltspolitik in „guten“ Jahren geschaffen  
21 wurden.

22 Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund stehen  
23 für eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik ein. Wesentlicher Bestandteil  
24 davon ist die grundgesetzliche Schuldenbremse. Ein Aufweichen, Umgehen oder Aushöhlen der bestehenden  
25 Regelungen lehnen wir entschieden ab. Gerade in der Pandemie hat sich die Schuldenbremse als  
26 funktionsfähig erwiesen, da sie als Instrument flexibel genug ist, um auf Krisen wirkungsvoll zu reagieren. Ein  
27 dauerhaftes Wirtschaften auf Pump lehnen wir ab. Das ginge nur auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Der  
28 Bund und die Länder sollen so schnell wie möglich wieder zu ausgeglichenen Haushalten ohne neue Schulden  
29 zurückkehren. Dabei gilt es auch den Blick stärker auf den Abbau des Sanierungsstaus und die Ertüchtigung  
30 der sozialen Sicherungssysteme zu richten.

### 31 **Inflation**

32 Nach dem Statistischen Bundesamt (Destatis) stieg im März 2022 die Inflationsrate in Deutschland  
33 voraussichtlich auf 7,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Verbraucherpreise wuchsen gegenüber  
34 Februar 2022 damit um 2,5 % an. In Deutschland war die Inflationsrate zuletzt im Herbst 1981 ähnlich hoch,  
35 als infolge der Auswirkungen des Ersten Golfkrieges die Mineralölpreise ebenfalls stark gestiegen waren.  
36 Maßgeblich für die derzeitige Inflationsrate war der sprunghafte Anstieg der Energiepreise. Eine deutliche

37 Erhöhung der Teuerungsrate gab es auch bei den Nahrungsmitteln. Der russische Angriffskrieg in der  
38 Ukraine dürfte zu weiter steigenden Preisen führen. Zumindest kurz- bis mittelfristig ist keine Entspannung  
39 in Sicht.

40 Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern die Bundesregierung dazu auf, den Preissteigerungen  
41 entgegenzuwirken und einen weiteren Anstieg der Inflation zu vermeiden. Die Bundesregierung hat  
42 Maßnahmen zu unterlassen, deren Umsetzung sich preissteigernd auf Güter, vor allem denen des täglichen  
43 Bedarfs auswirkt. Weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger darf es keinesfalls geben. Zudem muss  
44 die Bundesregierung den Weg der Entlastung der Mitte der Gesellschaft und des Wirtschaftsstandorts  
45 Deutschland gehen und durch eigene Ausgabendisziplin eine Lohn-Preis-Spirale vermeiden. Die Sprecher  
46 erwarten zudem von der EZB, dass sie ihrer Verantwortung und ihrem originären Auftrag zur Wahrung der  
47 Geldwertstabilität gerecht wird und die dafür erforderlichen Maßnahmen ergreift.

#### 48 **Ukraine-Flüchtlinge**

49 Die Länder und Kommunen in der Republik stehen im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine  
50 in der Folge des russischen Angriffskrieges vor enormen migrationspolitischen und beträchtlichen  
51 finanziellen Herausforderungen. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle  
52 Mitgliedstaaten der EU und alle staatlichen Ebenen in Deutschland ihren Beitrag leisten müssen. Der Umgang  
53 mit der am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg wird für alle staatlichen  
54 Ebenen zu einem Kraftakt werden. Der Bund darf die Länder und Kommunen nicht im Regen stehen lassen  
55 und muss diesen unter die Arme greifen.

56 Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung in dieser Krisensituation. Eine Beteiligung des Bundes an  
57 den Kosten der Länder und Kommunen für Unterbringung, Versorgung und allgemeine Unterstützung der  
58 Flüchtlinge aus der Ukraine ist unerlässlich. Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern die  
59 Regierung in Berlin deshalb dazu auf, sich zeitnah zu ihrer Verantwortung und der Übernahme der Kosten für  
60 die Ukraine-Flüchtlinge zu bekennen. Eine schnelle und unbürokratische Unterstützung halten wir für  
61 zwingend erforderlich.

62 Wir lehnen die von der Bundesregierung vorgeschlagene Überführung der aus der Ukraine Geflüchteten aus  
63 dem Regelkreis des AsylbLG in die Regelkreise des SGB II und XII konsequent und entschieden ab. Mitten in  
64 der Krise bringt ein Systemwechsel nichts außer Unordnung und Unsicherheit. Ein solcher würde die ohnehin  
65 geforderte kommunale Ebene nur zusätzlich und unnötig belasten.

66 Die Sprecherkonferenz fordert zudem, dass für Mieter, welche registrierte ukrainische Flüchtlinge in ihren  
67 Mietwohnungen aufnehmen, der erhöhte Betriebskostenaufwand pauschal erstattet wird und diese  
68 Erstattung nicht als steuerpflichtige Einnahme betrachtet wird.

#### 69 **Keine Vergemeinschaftung von Schulden und Haushaltsrisiken**

70 Europa muss eine echte Union der Stabilität und des Wachstums bleiben. Leitlinien allen Handels der  
71 Europäischen Union müssen neben einer handlungsfähigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik auch  
72 weiterhin eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik bleiben. Das schließt eine schnelle und  
73 verbindliche Rückkehr zu bewährten Fiskalregeln ein und eine Aufweichung von Schuldenregeln per se aus.  
74 Haftung und Verantwortung müssen dabei nach unserer vollen Überzeugung weiter in einer Hand liegen. Nur  
75 dadurch kann die Eurozone stabil bleiben.

76 Die europäische Schuldenaufnahme für das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ war ein wichtiges  
77 Instrumentarium, um den Wiederaufbaufonds als Konjunkturpaket der EU zur Bekämpfung der Folgen der  
78 Corona-Pandemie auf den Weg zu bringen. Dieses war befristet und einmalig – und das muss es auch bleiben.  
79 Sie ist kein Einstieg in eine Schuldenunion – und darf es nie werden. Die haushalts- und finanzpolitischen

80 Sprecher betonen, dass sie eine Transferunion auch weiterhin entschieden ablehnen. Jeder Staat muss für  
81 seine Verschuldung selbst verantwortlich bleiben.